

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5009. Postscheckkonto Berlin Nr. 4046 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 52 A

BERLIN • Mittwoch, den 2. März 1932

1 JAHRGANG

Bier, Brot . . . und Brüning.

Von Hellmut Rauschenplat.

Man las, der Reichstag habe beschlossen, die Butterzollerhöhung rückgängig zu machen. Der Großhandelspreis für Butter fiel daraufhin sofort um 9 Mark pro Zentner.

Eine feine Unterscheidung haben die Butterhändler und die meisten Zeitungsleser nicht beachtet: Im Reichstag ist lediglich der Antrag angenommen worden, die Regierung zu ersuchen, die Butterzollerhöhung rückgängig zu machen. Die Regierung wird sich um dieses Ersuchen nicht kümmern, sondern darum, was Herr SCHIELE will. Wegen des Butterpreises wird sich Herr BRÜNING, obwohl der Reichstag bekanntlich das souveräne deutsche Volk vertritt, kaum den Kopf zerbrechen.

Mehr Sorgen macht ihm der Brotpreis. Am Donnerstag sagte BRÜNING im Reichstag: „Es wird unser Bemühen sein, den Brotpreis so zu halten, wie er jetzt ist.“ Ende der Woche gaben die Berliner Bäcker bekannt, ab Montag werde das 2½-Pfund-Brot in Berlin um 2 Pfennige teurer sein.

Die Bäcker werfen dem Ernährungsministerium den Bruch von Versprechungen vor. Zur Preissenkung ab 2. Januar hätten sie sich nur bereit erklärt auf Grund der bestimmten Zusicherungen vom Reichspreiskommissar und Vertretern des Reichsernährungsministeriums, eine Erhöhung des Roggenpreises und somit des Roggenmehlpreises komme nicht in Frage und würde mit allen Mitteln verhindert werden. Nur sei Roggenmehl um 2 Mark, Weizenmehl sogar um 4 Mark pro Doppelzentner im Preis gestiegen. Unter Zugrundelegung der zugestandenen Preisspanne von 14 Pfennigen habe jede Bäckerei am Sack verbackenen Roggenmehls 1,20 Mark zuzusetzen. „Wir können nicht länger Opfer bleiben und die große Not in unserem Gewerbe weiter verschärfen.“

Noch am Samstag wird amtlich mitgeteilt, die Getreidehandels-Gesellschaft werde russischen Roggen zu Preisen ab die zur Aufrechterhaltung der bisherigen Brotpreise

Kaufmann erhalten eine andere amtliche Mitteilung, die Spanne zwischen Roggenpreis und Roggenmehlpreis sei ungerechtfertigt hoch. Das wird amtlich mit Beispielen ausführlich belegt.

GOERDELER verordnet — auch am Samstag — einen anderen Ausmahlungsgrad für Roggenmehl, um dieses zu verbilligen.

Am Sonntag verbietet GOERDELER kurzerhand die Brotpreiserhöhung und droht bei Zuwiderhandlung mit Schließung von Betrieben.

Die Bäcker sind der Ansicht, die Regierung habe zu Gunsten der Großgrundbesitzer Versprechungen nicht gehalten. — Die Großagrariar-Presse antwortet unter Hinweis darauf, daß die Stimmen der Wirtschaftspartei (in der viele Bäckermeister Mitglieder sind) für das Zustandekommen einer BRÜNING-Mehrheit unentbehrlich waren: „Letzten Endes hat immer wieder die Landwirtschaft die Kosten des politischen Brotpreises zu tragen.“

Wie soll bei all diesem Rücksichtnehmen auf die verschiedensten Interessen, beim Zugestehen „angemessener“ Verdienstspannen das Brot billiger werden?

Welche anderen Kräfte die Regierung ins Spiel kommen lassen könnte, zeigt die Entwicklung des Benzinpreises. Die Gerüchte um den Einheitsreibstoff sind verstummt; ein ganz anderes Ereignis nimmt die Aufmerksamkeit der Interessenten in Anspruch: Es gibt nämlich seit einigen Tagen wieder Konkurrenz auf dem Benzinmarkt! Die Russen sind aus der „Benzin-Konvention“ ausgetreten. Die Wirkung: Der Benzinpreis ist bereits um 1—2 Pfennige pro Liter gesenkt worden. So kann man sehen, wer besser arbeitet: Konkurrenz oder Kommissar.

Natürlich entsteht ein Sturm der Entrüstung gegen die Regierung, die das Hereinkommen russischen Benzins begünstigt hat (das tat sie, weil man die Russen ihre Industriebestellungen doch bezahlen lassen muß!). Konkurrenz ist allerdings heute in Deutschland etwas so Ungewöhnliches, daß die entrüstete Frage verständlich ist: Warum sollen nun gerade wir Benzinhändler unter der Konkurrenz leiden, wo doch alle anderen vor jedem rauhen Hauch der Konkurrenzluft sorgfältig geschützt werden? Was dem einen recht ist, ist doch dem anderen billig?

Diese letztgenannte Frage stellen besonders eindringlich die Banken-Gläubiger, die beim Zusammenbruch ihrer Banken Verluste erlitten haben. Die Sanierung der Großbanken wurde bekanntlich so vorgenommen, daß die Gläubiger keinen Pfennig verloren haben.

Warum, fragen entrüstet die 34 000 Gläubiger der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz (Hagrubank), garantiert uns das Reich von unseren 50 Millionen Mark Forderungen (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Japan auf dem Rückzuge.

Japan entgegenkommender. — Der Völkerbund atmet auf.

Während das japanische Ultimatum noch läuft, das von den Chinesen die Zurückziehung ihrer Truppentransporte verlangt, widrigenfalls die Eisenbahnlinien nach Nanking auf einer Strecke von 80 km völlig zerstört werden sollten, und während die Kämpfe bei Schanghai weitergehen, mit einem Vorstoß der Japaner nach Tschapei, einem Gegenvorstoß der Chinesen bei Kiangwan, werden die Waffenstillstandsverhandlungen weitergeführt. Es handelt sich einerseits um neue geheime Vorschläge des englischen Gesandten, die die Verhandlungen zwischen den beiden feindlichen Regierungen unterstützen sollen. Eine Konferenz zwischen den Regierungsvertretern ist für Dienstag angesetzt worden; die Chinesen haben die Vorschläge des Engländers bereits angenommen. Andererseits haben am Montag auf dem englischen Flaggschiff in Schanghai Unterredungen stattgefunden, an denen die Oberbefehlshaber der Japaner und Chinesen, der chinesische Diplomat Ku und der englische Admiral KELLY teilgenommen haben und in der die Grundlagen eines sofortigen Waffenstillstandes und die Kontrolle der geräumten Gebiete durch die neutralen Mächte der Entscheidung sehr nahe gerückt worden sind.

Diese Maßnahmen, die ihren Grund allem Anschein nach in den militärischen und finanziellen Schwierigkeiten des japanischen Raubzuges nach Schanghai haben, haben nun die Initiative des Völkerbundes zur vollen Entfaltung gebracht. Unter dem Vorsitz PAUL-BONCOURS teilte zunächst SIMON im Völkerbundsrat den über London eingetroffenen Bericht aus Schanghai mit von den Besprechungen der feindlichen Heerführer. PAUL-BONCOURS legte daraufhin dem Völkerbundsrat einen Vorschlag vor, der folgende Punkte umfaßt:

1. Sofortige Einberufung einer Konferenz in Schanghai der interessierten Mächte zur endgültigen Wiederherstellung des Friedens.
2. Japan erklärt den Verzicht auf politische und territoriale Ziele in Schanghai. China erkennt die Unantastbarkeit des bisherigen Konzessionsgebiets an.
3. Die in Schanghai vertretenen Mächte werden an der Herbeiführung dieser Konferenz mitwirken.
4. Der Vorschlag berührt nicht die bisherige Haltung des Völkerbundes oder irgend einer andern Macht in dem Konflikt.

Italien, England, Deutschland erklärten sich mit den Vorschlägen PAUL-BONCOURS ausdrücklich einverstanden; SIMON erklärte, auch die amerikanische Regierung sei zum Mitwirken bereit.

Der Japaner SATO teilte mit, daß er den Vorschlag des Ratspräsidenten annehme unter dem Vorbehalt, daß seine Regierung ihre Zustimmung erteile, und unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß die japanische Regierung in Schanghai immer nur das Ziel verfolgt habe, Leben und Eigentum der Japaner in Schanghai zu schützen. Die japanische Regierung sei entschlossen, das internationale Konzessionsgebiet in Schanghai anzuerkennen, keine neutrale Zone in den chinesischen Häfen zu verlangen. Der chinesische Gesandte YEN erklärte die Vorschläge des Ratspräsidenten für annehmbar.

So wenig Befriedigung die durch die japanische Verlegenheit und den chinesischen Widerstand herbeigeführte Rettung des Völkerbundes in uns auslöst, die leider mit einer Ehrenrettung nichts zu tun hat, so erleichtert werden alle seinen Sympathien in diesem Konflikt auf Seiten der Chinesen standen, daß die Vernichtung des Lebens und des Eigentums

AUS DEM INHALT:

Die „Eiserne Front“ kapituliert.
Einheitsfront für China.

Kommunistische Gewerkschaften
in den U.S.A.

Goerdelers Schlußbilanz.

Versammlungssonntag in Spanien.

Die Zeitungsfrau.

der chinesischen Bevölkerung auf Schranken gestoßen ist, die die Japaner nicht ohne weiteres zu überwinden vermögen. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Erwägung, daß die japanischen Soldaten nicht weiter gezwungen werden, im Dienst der Ziele einer imperialistischen Regierung auf ihre chinesischen Klassengenossen zu schießen.

Inzwischen ist die Kommission des Völkerbundes in Tokio eingetroffen. Sie wird elf Tage in Tokio bleiben, eskortiert von sechs Mitgliedern des Auswärtigen Amtes und zwei Offizieren des japanischen Generalstabs. Es entspricht der Bedeutung und Tragweite der Aufgaben dieser Kommission, daß als Erstes gemeldet wird, Bankette und Empfänge würden zur Ehre der Anwesenheit dieser Vertreter der Friedensmächte abgehalten.

Ungünstige Aussichten.

Am Spätabend des Montag machten die Japaner bei Tschapei noch einen weiteren Vorstoß. Die Chinesen konnten den Nordbahnhof erfolgreich verteidigen. Während der ganzen Nacht ist das Infanterie- und Maschinengewehrfeuer fortgesetzt worden. Auch an der Kiangwan-Front griffen die Japaner erneut an. Japanische Bombenflugzeuge bombardierten am Montag die Wusung-Forts sowie das Dorf Tschenu, wo sich vor zwei Tagen das Hauptquartier des chinesischen Oberbefehlshabers befand. Tschenu wurde vollkommen in Trümmer gelegt.

Die Stimmung in den amtlichen japanischen Kreisen in Schanghai ist trotz der Vermittlungsvorhandlungen nicht sehr optimistisch. Japanische militärische Kreise wollen von keinerlei Verhandlungen über eine Truppenzurückziehung wissen. General UYEDA ließ am Spätabend des Montag erklären, daß er über Vermittlungsvorhandlungen nicht unterrichtet sei. Das japanische Ultimatum, das die Zerstörung der chinesischen Eisenbahnlinien androht, hat bei den chinesischen Militärbehörden außerordentliche Bestürzung hervorgerufen. Sie erklären, daß durch diese Drohungen alle Hoffnungen auf eine allgemeine Vermittlungskonferenz vernichtet worden seien.

Fast die gesamte amerikanische Atlantikflotte hat plötzlich den Befehl erhalten, sich in den kalifornischen Flottenstützpunkten San Pedro und San Diego zu versammeln, um an den großen Flottenmanövern im Stillen Ozean teilzunehmen.

Neuer Angriff der oberschlesischen Eisenherren.

f Kattowitz, 29. Februar.

Der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Eisenindustrie hat den Lohntarifvertrag für die Arbeiter der Eisenindustrie zum 31. März gekündigt. Der Arbeitgeberverband hatte bereits vor einigen Wochen den Versuch unternommen, die Arbeiterlöhne um 25 Prozent herabzusetzen. Der Schlichtungsausschuß hatte damals eine Lohnkürzung abgelehnt.

Lohnkampf in Schweden.

s Stockholm, 29. Februar.

Die Bemühungen des Schlichtungsausschusses im Lohnstreit der schwedischen Papierindustrie sind gescheitert. Die Arbeitgeber haben eine Versammlung auf den 4. März einberufen. Im Falle eines offenen Streits sind etwa 15 000 Mann betroffen. Nachdem bisher die Lohnfragen in der Maschinenindustrie (63 000 Mann), in der Eisenindustrie (28 000 Mann) und auf den Sägewerken (18 000 Mann) durch

Schiedsgericht beigelegt werden konnten, sind nunmehr kurz nacheinander die Vermittlungsversuche in der Zellstoff- und in der Papierindustrie gescheitert. Beide Industrien, namentlich die Papierfabriken, sind verhältnismäßig gut beschäftigt.

Englisches Zollgesetz angenommen.

m London, 29. Februar.

Das Oberhaus hat das Einfuhrzollgesetz mit 129 gegen 12 Stimmen angenommen. Außerdem wurden das Ausschußstadium sowie die kommissarische Zustimmung des Königs erledigt.

Am Dienstag tritt das Gesetz in Kraft. Am Sonntag bot der Londoner Hafen daher ein ungewöhnliches Bild. Zahlreiche Schiffe eilten wie in einem Wettrennen den Docks zu, um ihre Waren noch zollfrei ausladen zu können. Trotz starken Windes und hohen Seegangs waren bis zum Nachmittag 60 Schiffe in die Docks eingelaufen. Immerhin hat der Sturm es einer Reihe von Schiffen unmöglich gemacht, noch rechtzeitig in London einzutreffen; er hat damit dem englischen Schatzamt einen Gewinn von vielen tausend Pfund gerettet.

Der Stand der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit in den USA.

W. H. St. Louis, USA.

In dem Riesenverband der „American Federation of Labor“ (A.F. of L. — Amerikanische Arbeiter-Union), die völlig reaktionär ist — sie gehört nicht der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale an —, waren 1931 2 889 550 Arbeiter organisiert; 1930 waren es 3 461 096. Neben dieser führenden Organisation gibt es eine Anzahl Gewerkschaften, die insgesamt 500 000 Mitglieder zählen; 400 000 davon sind Eisenbahner.

Als die kommunistische Partei 1919 in den USA gegründet wurde, lautete die Parole für die Gewerkschaftsarbeit: bore from within (von innen bohren). Das bedeutete praktisch: alle KP-Mitglieder sollen in den bestehenden Gewerkschaften bleiben und dort daran arbeiten, sie kommunistisch zu durchsetzen. Zur Unterstützung dieser Tätigkeit wurde 1920 die Trade Union Educational League (Gewerkschaftlicher Aufklärungsbund) gegründet, der unter W. Z. FOSTERS Leitung gute Arbeit leistete. Er veröffentlichte eine Anzahl lehrreicher Broschüren und gab die Zeitschrift „The Labor Herald“ heraus. Der Zweck der TUEL war mit FOSTERS eigenen Worten: „Wir sind dagegen, daß radikale und fortschrittliche Arbeiter aus den Gewerkschaften austreten und eigene Verbände gründen, denn diese Taktik ist hauptsächlich verantwortlich dafür, daß die amerikanische Arbeiterbewegung so schwach ist. Der Erfolg dieser Taktik ist, daß alle radikalen Organisationen innerhalb der alten Gewerkschaften vernichtet werden und die reaktionären Führer nun ungehindert herrschen.“

Der Erfolg der Bestrebungen der TUEL war, daß die KP in manchen Gewerkschaften einen ziemlich starken Einfluß gewann. In anderen Verbänden konnte sie jedoch keinen festen Fuß fassen. Das lag teilweise an schlechter Arbeit von Seiten der Kommunisten. Wahl- und Abstimmungsmanöver erschienen ihnen wichtiger als die Entscheidungen über lebenswichtige Fragen ihres Berufszweiges. Trotz einer Anzahl von Ausschlüssen von Kommunisten aus AFoL-Gewerkschaften bestand FOSTER darauf, daß Versuche gemacht werden sollten für die Wiederaufnahme. Nur in dringenden Ausnahmefällen sollten Neugründungen vorgenommen werden, und auch dann nur unter der Voraussetzung, daß es den Kommunisten gelang, viele Gewerkschaftler auf ihre Seite zu bringen.

Diese Politik wurde nach der Tagung des 4. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale umgestoßen. Was gestern Ausnahmefall war, wurde über Nacht Regel. Das von FOSTER geprägte Schlagwort: „Radikale Arbeiter, bleibt bei den organisierten Massen!“ wurde geändert in „Raus aus den AFoL-Gewerkschaften!“. Auf der Clevelander Tagung der Trade Union Unity League (Einheits-Gewerkschaftsbund) im Jahre 1929 hörte ich, wenn auch ungläubig, von der wachsenden Radikalisierung der amerikanischen Arbeiter. Die Notwendigkeit, für diese radikalen Elemente radikale Gewerkschaften zu schaffen, wurde von den vielen Rednern dauernd betont. FOSTER sprach selber, und ich konnte mich des Gefühls nicht erwehren, daß er selber nicht von der Richtigkeit der neuen Taktik überzeugt war. Die Begeisterung der etwa 600 Delegierten, unter denen sich viele Neger befanden, war groß. Einige Delegierten von Textilarbeitern aus Gastonia, die sich gerade im Streik befanden, jubelte man zu. Die Radikalisierung der amerikanischen Arbeiter schien dort in Gastonia, im Staate South Carolina, anzufangen. Blutige Kämpfe hatten sich dort abgespielt, in deren Verlauf der Polizeichef getötet, eine Arbeiterin auf offener Straße ermordet, und eine Anzahl streikender Arbeiter verwundet wurden. — Heute gibt es in Gastonia keine Gewerkschaft mehr. Die Führer der Bewegung waren vom Gericht gegen hohe Kautionsfreigelassen worden. Sie zogen es vor, sich den Gerichten nach Ablauf der gesetzlichen Frist nicht zu stellen, so daß die Kautionsfreilassung.

Seit der Clevelander Tagung sind fast drei Jahre vergangen. Wir sind heute in der Lage, an den Resultaten zu beurteilen,

Kino in Spanien.

H. P. Wer in Madrid ein Kino besucht, kann für recht wenig Geld — es gibt Plätze schon für 10 Pfennige — nicht nur ein langes Programm, sondern auch sonst absonderliche Dinge sehen. Es gibt auch vornehme Kinos, die denen in anderen europäischen Hauptstädten in nichts nachstehen, aber ihre Eintrittspreise sind manchmal so hoch, wie der Tagelohn eines Arbeiters. Hier ist die Rede vom Kino des Volkes.

Um halb elf Uhr nachts beginnt die letzte Vorstellung. Es finden meistens nur zwei Vorstellungen statt; die erste beginnt um 6 Uhr nachmittags. Ich habe die Nachtvorstellung besucht und mußte gleich am Anfang einen verächtlichen Blick des Platzanweisers einstecken, weil ich ihm kein Programm abgekauft habe, das sicherlich, dem Aussehen nach, schon mehrere Male Handelsobjekt gewesen sein mag. Ich kam ziemlich früh und konnte das eintretende Publikum eingehend betrachten. Da kamen Burschen hineingestürzt und stützten auf die Bänke zu, Frauen mit Säuglingen ließen prüfend ihre Blicke über die Sitzreihen schweifen, um eine hinreichende Zahl Stühle für die nachkommenden Männer, die eine Schar Kinder hinter sich herzogen, ausfindig zu machen. Der Raum füllte sich, von vorn nach hinten — aber so schnell fängt die Vorstellung nicht an. Den jungen Burschen in den vorderen Reihen wird es langweilig; sie trampeln und lärmern, und da die Säuglinge gewöhnlich den Ehrgeiz haben, den Lärm nach Kräften zu fördern, so gelingt der Versuch, vermittels eines Grammophons einen melodischen Schimmer über das Ganze zu breiten, nur unvollkommen. Schließlich bringt es ein schreiender spanischer Schlager fertig, die vorderen Reihen in seinem Rhythmus zu zwingen, und bald gehen die übrigen Geräusche im Gesang unter.

Natürlich bleibt die Zigarette auch im Kino in Tätigkeit. Räumlichkeiten, in denen das Rauchen verboten ist, gibt es recht wenige. Und wenn, dann nützt das Verbot nur, wenn eine Aufsicht da ist — falls diese nicht selber heimlich dem Laster frönt und beide Augen zudrückt. Im Laufe der Vorstellung kann sich jeder von der Zweckmäßigkeit des Rauchens im Kino überzeugen. Man kann kaum noch etwas sehen und der Husten der Kinder und Frauen nimmt bis zum Ende der

Vorstellung unerträglich zu. Das ist in Spanien freilich kein Grund, das Rauchen einzustellen.

Endlich nimmt das Programm seinen Anfang. Andächtig liest jeder die einleitende Schrift vor sich hin, vielleicht in der Annahme, daß sein Nachbar im Lesen nicht sonderlich bewandert sei. Die Handlungen im Film werden ungeniert bekrifelt und belacht. Rührende Szenen bringen die ganze Gesellschaft in eine trostlose Stimmung. Mir scheint, daß sich nirgends die Kindlichkeit des spanischen Volkes deutlicher offenbart, als im Kino.

In der Pause bemerke ich, daß in der Nähe ein Affe auf den Schultern der Zuschauer umherklettert. Natürlich wendet sich ihm die Aufmerksamkeit der Kinobesucher sogleich zu, er selber findet dagegen seine entfernten Verwandten bei weitem nicht so interessant. Er nimmt mit selbstverständlicher Geste die Zuckerstückchen, die man ihm gibt, setzt sich auf den Kopf seines Horrn und kratzt sich eins.

Geht die Vorstellung nach ein Uhr zu Ende, dann haben die Väter und Mütter ihre Not, die schläfrigen Kinder nach Hause zu schleifen. Aber welche Vergütungen bleiben ihnen sonst? Das Kino ist das Theater des Volkes; es ist billig und leicht verständlich. Das, was geboten wird, ist nicht schlechter, als die Stücke, die das gebildete Publikum in den zivilisierteren Staaten genießt, d. h. es ist ebenso schlecht.

Die kommunistische Partei 1919 in den USA gegründet wurde, lautete die Parole für die Gewerkschaftsarbeit: bore from within (von innen bohren). Das bedeutete praktisch: alle KP-Mitglieder sollen in den bestehenden Gewerkschaften bleiben und dort daran arbeiten, sie kommunistisch zu durchsetzen. Zur Unterstützung dieser Tätigkeit wurde 1920 die Trade Union Educational League (Gewerkschaftlicher Aufklärungsbund) gegründet, der unter W. Z. FOSTERS Leitung gute Arbeit leistete. Er veröffentlichte eine Anzahl lehrreicher Broschüren und gab die Zeitschrift „The Labor Herald“ heraus. Der Zweck der TUEL war mit FOSTERS eigenen Worten: „Wir sind dagegen, daß radikale und fortschrittliche Arbeiter aus den Gewerkschaften austreten und eigene Verbände gründen, denn diese Taktik ist hauptsächlich verantwortlich dafür, daß die amerikanische Arbeiterbewegung so schwach ist. Der Erfolg dieser Taktik ist, daß alle radikalen Organisationen innerhalb der alten Gewerkschaften vernichtet werden und die reaktionären Führer nun ungehindert herrschen.“

Die Kommunisten verschließen diesen Fehlern gegenüber nicht die Augen. „The Communist“ schrieb im März 1931, daß der geringe Einfluß der KP darauf zurückzuführen sei, daß die Arbeit innerhalb der AFoL gänzlich aufgegeben wurde, obwohl noch große Massen organisierter Arbeiter dort waren. Kein anderer als Losowsky begründet die Schwäche der amerikanischen roten Gewerkschaften damit, daß Bürokratie und keine Selbstverwaltung der Arbeiter in den Gewerkschaften herrsche und daß jede Ortsgruppe den Ehrgeiz besitze, hohe Politik zu machen, anstatt sich um die Tagesprobleme der Arbeiter zu kümmern. „Labor Unity“, das Organ der Trade Union Unity League, erklärte im April 1931, daß bei verschiedenen Streiks die Arbeiter erst der TUEL beitreten mußten, bevor ihnen gestattet wurde, mitzustricken. Und im August 1931 schildert der „Communist“ die Lage im kommunistischen Bergarbeiter-Verband, wie folgt:

„Vor acht Monaten war diese Gewerkschaft zu einem bloßen Schatten herabgesunken, weil schlecht gearbeitet wurde. . . . Unfähige, schwache Elemente waren in der Führung. . . . Auf der Tagung machte sich eine noch nicht dagewesene Bürokratie geltend. In keinem Falle haben wir dem Problem genügende Beachtung geschenkt, feste, solide Ortsgruppen aufzubauen. Wir haben noch nicht gelernt, was Organisationsarbeit bedeutet.“

FOSTERS alter Standpunkt: Radikale Arbeiter, bleibt bei den organisierten Massen! ist heute noch so richtig wie damals, als er ihn auf Grund jahrzehntelanger Erfahrung aufstellte. Es gilt, die reaktionäre Bürokratie der Gewerkschaftsböden über den Haufen zu werfen und durch fortschrittliche Elemente zu ersetzen. Anfänge hierzu sind seit einigen Jahren gemacht worden von der Conference for Progressive Labor Action (Bund für radikale Arbeiterpolitik) unter Führung MUSTERS, des bekannten Leiters der Arbeiterschule Brookwood. Diese Organisation kritisiert die schwächliche Haltung der Sozialistischen Partei zur Gewerkschaftsfrage und leistet Arbeiterorganisationen wertvolle Hilfe. Von der Tätigkeit MUSTERS und seiner Freunde werden wir noch ausführlicher berichten.

Auflösung polnischer Gewerkschaften.

f Kattowitz, 28. Februar.

Die Polizeidirektion gibt bekannt, daß der Verband der Hüttenarbeiter und der Berufsverband der Bergarbeiter aufgelöst werden. Die Führer dieser Gewerkschaften wurden verhaftet, weil sie Flugblätter herausgegeben haben, in denen die Arbeiterschaft zu Straßenkundgebungen und zum Eintritt in den Generalstreik aufgefordert wurde.

lich gefährdet ist. Die Eismassen bei Neufundland stammen sowohl in Form von Packeis wie von Eisbergen aus der Baffinsbay, die Eisberge hauptsächlich von den gewaltigen Gletschern Westgrönlands. Diese Gletscher entsenden jährlich etwa 15 000 Stück Eisberge in die Baffinsbay, die dann zum Teil durch die Davisstraße im Labradorstrom bis Neufundland vordringen. Die ozeanographischen Expeditionen der „Marion“ und des „Godthaab“ haben die Eisverhältnisse und Eisberghäufigkeit in diesen Meeren 1928 eingehend studiert, so daß wir jetzt über die ozeanographischen Verhältnisse dieser Meere ausgezeichnet informiert sind. Der Eispatroldienst bei Neufundland hat seit seinem Bestehen eine ausgezeichnete Statistik der Eisverhältnisse der großen Neufundlandbank durchgeführt.

Die Eisgefahr bei Neufundland.

Im Berliner Institut für Meereskunde hielt Herr Prof. DEFANT einen Vortrag über den „internationalen Eissicherungsdienst im Nordatlantischen Ozean“, besonders über das Auftreten von Eisbergen bei Neufundland.

Das Eis bei Neufundland ist eine besondere Schwierigkeit für die Schifffahrt im Atlantischen Ozean. Sie zwang zur Einführung eines wohlorganisierten Eisüberwachungsdienstes bei Neufundland. DEFANT sprach über die Fragen, zu welchen Jahreszeiten bei Neufundland Eisberge und Eisfelder auftreten, woher diese Eismassen stammen, und welche Umstände dafür verantwortlich zu machen sind, daß gerade diese Stelle des weiten Nordatlantischen Ozeans eine derartige Anhäufung davon aufweist, daß die Schifffahrt ernst-

Naphtali und Aufhäuser über Währungsprobleme — Wirtschaftsumbau.

E. Br. In sehr anschaulicher und populärer Weise sprach vor kurzem FRITZ NAPHTALI vor etwa 500 Berliner Funktionären des ZdA über „Währungsprobleme — Wirtschaftsumbau“. Er befaßte sich zunächst mit den Vorschlägen die Krise durch Währungsreformen zu beheben. Er lehnt dabei nicht nur den Plan FEDERS, des Wirtschaftstheoretikers der NS, ab, sondern betonte, daß die Gewerkschaften mit großer Entschiedenheit alle inflationistischen Mittel ablehnen. Den sogenannten WAGEMANN-Plan (aufgestellt von Professor WAGEMANN, dem Leiter des Instituts für Konjunkturforschung), der eine Bereinigung der Kreditlage zum Ziel hatte, hält NAPHTALI — abgesehen von einzelnen Reformvorschlägen — nicht für zweckmäßig.

NAPHTALI ging ausführlich auf den W.-T.-B.-Plan (aufgestellt von Woytinsky, Tarnow und Baade) ein, der vorsieht, mit Hilfe eines zusätzlichen Kredits von einer Milliarde Mark, den die Reichsbank dem Reich gewähren soll, für etwa eine Million Menschen Arbeit zu beschaffen. Selbst bei dieser begrenzten Ausgabe von neuen Zahlungsmitteln für Arbeitsbeschaffung sieht NAPHTALI bei der heute leicht möglichen Erschütterung der deutschen Währung eine Inflationsgefahr. Er schlägt deshalb vor, Arbeitsbeschaffung nur in dem Maße zu betreiben, in dem es gelingt, heute noch ruhende Gelder heranzuziehen an die öffentliche Hand. Nach seiner Ansicht müßte es mit Hilfe einer Volksanleihe, die durch gute Verzinsung und Prämienverteilung einen Anreiz zur Zeichnung bietet, gelingen, die gehamsterten Noten wieder in den Verkehr zu bringen, sodaß einige 100 Millionen Mark zur Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden könnten.

Zur Sanierung der Banken sagte NAPHTALI: Dieser Eingriff des Staates hätte einer Verschärfung der Krise vorgebeugt. Die Beteiligung des Staates an dem Aktienkapital der Banken sichere ihm einen großen Einfluß auf die Kreditpolitik. NAPHTALI begrüßte dies, weil die Vorgänge der letztvergangenen Jahre deutlich zeigten, daß das privatwirtschaftliche System versagt habe. Die Kontrolle der Banken durch die Gesellschaft bilde den Übergang zu der von den Sozialisten geforderten Planwirtschaft. Deshalb sei es heute eine praktische Forderung der Gewerkschaften, wenn sie das Mitwirkungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei der Bankkontrolle forderten, damit die heutige Kreditpolitik nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen geleitet werde.

Als zweiter Referent des Abends sprach AUFHÄUSER, der Vorsitzende des Afa-Bundes, über das Wirtschaftsprogramm des Afa-Bundes. Wie NAPHTALI hält auch er die heutigen Eingriffe des Staates für solche, die auf dem Wege zum Sozialismus liegen. Als Mittel zur Konjunkturbelebung schlug AUFHÄUSER — außer der Finanzierung von Notstandsarbeiten mit Hilfe einer Volksanleihe — die Schaffung eines gemeinwirtschaftlichen Sektors vor, einer Zentralstelle, von der aus, unabhängig von den Parlamenten, die Leitung der Wirtschaft nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen könne. Dem, die ihm sagten, dies wäre alles nur Zukunftsmusik antwortete er, daß die Umwandlung der Wirtschaft niemals in normalen Zeiten erfolge.

Erfreulich war, wie energisch NAPHTALI Front machte gegen alle Inflationspläne.

Unverständlich ist jedoch, daß beide Referenten die Beteiligung von Arbeitern und Angestellten an der Banken- und Kartellkontrolle für eine praktische Gegenwartsforderung halten — angesichts der Tatsache, daß einerseits der Einfluß der Arbeiterschaft auf den Staat immer geringer wird und die Unternehmer andererseits ihre Betriebe sicher nicht freiwillig unter die Kontrolle von Arbeitern und Angestellten stellen werden. Ob die Eingriffe eines Staates in die Privatwirtschaft zum Sozialismus führen, hängt doch schließlich davon ab, was für ein Staat es ist und in welcher Richtung seine Eingriffe gehen.

Die Zeitungsfrau.

Von Edith Benario.

Wir habens häßlich und leer daheim,
Aber viele Kinder, die schreien!
Und ich muß um Groschen laufen
Durch Straßen, Treppen, einen Haufen
Zeitungen in müden Armen,
Bei kaltem Wetter und warmem —
Mein Paack ist so schwer
Wenn der Magen leer.
Trepp auf, Trepp ab, mit Last
Unter der ich fast
Zerbreche. Was trag ich denn,
Warum, ach Gott, warum renn'
Ich so, Wegen der Fetzen
Papier, muß ich hetzen
Damit zum Essen
Sie Neues lesen? Wir fressen
Trockne Stücke Brot.
Wenn ich mich zu Tod
Gerannt, packt mich in Zeitung ein,
Die wärmt ja so fein,
Hab kein Geld zum Sarg,
Ach Gott, es ist arg. — —

